

SPERRFRIST: 1. Mai 2022, Redebeginn

REDE zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2022

Strukturwandel/Revierwende/Expertinnen des Wandels

Ort: Leipzig

Es gilt das gesprochene Wort!

Stefan Körzell

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlichen Dank, dass ich heute hier in Leipzig sein darf. Wir sind froh, dass wir nach zwei Jahren Pandemie wieder auf den Straßen und Plätzen präsent sein können. Seit dem 24. Februar ist nun aber mit dem Krieg in der Ukraine eine neue Krise hinzugekommen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen den Überfall Russlands auf das Schärfste. Es handelt sich um einen eklatanten Bruch des Völkerrechts und richtet sich gegen die Souveränität der Ukraine.

Deshalb fordern wir einen sofortigen Waffenstillstand, humanitäre Hilfe und einen sofortigen Rückzugs Russland aus den besetzten Gebieten. Unsere Solidarität und Unterstützung gehören den Menschen in der Ukraine. Solidarisch sind wir auch mit denjenigen in Russland, die sich öffentlich gegen diesen Krieg aussprechen.

Wir unterstützen die Menschen humanitär in der Ukraine und auch die Geflüchteten hier bei uns im Land. Und wir haben über Gewerkschaften helfen e. V. eine Spendenaktion gestartet. Wir sammeln für Hilfe im Land selbst und unterstützen Geflüchtete hier vor Ort. Wir werden außerdem gemeinsam mit Betriebs- und Personalräten dafür sorgen, dass die Geflüchteten ordentliche Jobs bekommen und nicht als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir unterstützen die scharfen Sanktionen gegenüber dem russischen Aggressor. Diese Sanktionen machen sich aber auch bei uns bemerkbar. Besonders die hohe Abhängigkeit Deutschlands von russischen Erdgas-, Kohle- und Erdölimporten ist ein Problem, das es zu lösen gilt. Je schneller wir die erneuerbaren Energieträger ausbauen – desto schneller sind wir unabhängig von Importen aus Russland. Gleichzeitig muss die Bundesregierung umgehend dafür sorgen, dass der erwartbare Anstieg der Energiepreise abgefedert wird. Die Energiekosten müssen für uns alle und auch für Unternehmen, insbesondere der energieintensiven Industrien, bezahlbar bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir sagen Ja zu einer besseren Ausrüstung der Bundeswehr, um die Landesverteidigung zu gewährleisten. Wir sagen aber weiterhin nein zur Aufrüstung! Wir sagen Ja zu einer weltweit kontrollierten Abrüstung! Es kann keine dauerhafte Aufstockung des Rüstungshaushalts zur Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO geben und gleichzeitig ist kein Geld für Bildung, Infrastruktur und Gesundheit da.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitswelt verändern sich gerade grundlegend – wie wir arbeiten, leben und konsumieren – alles ist in Bewegung. Bedeutet die Digitalisierung flexibleres Arbeiten oder Arbeitsplatzabbau, bedeutet die Globalisierung den Zugang zu neuen Märkten und Austausch von Ideen oder verstärkt sie die Ausbeutung von Arbeitskräften? Wird der Klimawandel gebremst und eine sozial-ökologische Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft auf den Weg gebracht? Die Veränderungsprozesse haben unterschiedliche Auswirkungen in den Branchen und den Regionen.

DGB-Bundesvorstand Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

www.dgb.de Tel.: +49 30/24060-211 Fax: +49 30/24060-324

Wir wollen die Transformation gestalten. Wir ergeben uns keinem Schicksal.

Was große Veränderungen bedeuten können, kann niemand besser beantworten wie die Beschäftigten in den ostdeutschen Bundesländern. Wenn sich heute Unternehmen bewusst entscheiden, ihre Fabriken in Erfurt, Grünheide oder in Magdeburg zu errichten, dann spricht das für euch.

Eines muss jedoch auch klar sein, hier müssen die gleichen Löhne wie im Westen gezahlt werden. Die Zeit, dass der Osten Niedriglohnland ist muss endgültig vorbei sein. Lasst uns die Chancen nutzen, die es gibt.

- Für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse – in den Regionen und auf den Gehaltszetteln
- Für Qualifizierung und Weiterbildung
- Für echte Gleichstellung von Frauen und Männern
- Für die (Rück)Eroberung der Betriebe durch Tarifbindung und Mitbestimmung

Tarifverträge und Mitbestimmung sind die Garanten für engagiertes Handeln und langfristige Strategien zur Gestaltung der Arbeitswelt – bei der Beschäftigungsentwicklung und der Standortsicherung, bei der Bezahlung.

Die 35-Stunden-Woche wird es ab 2025 bei Porsche in Leipzig geben, aber nicht nur dort. In den Betrieben, wo die IG Metall, wo die Gewerkschaften stark sind, gibt es die besseren Arbeitsbedingungen. Was bei Porsche geht – muss auch in anderen Betrieben gehen. „Kämpfen wir gemeinsam darum“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Kohlekommission haben wir deutlich gemacht: der DGB und seine Gewerkschaften gestalten die Energiewende für die Beschäftigten mit. Gemeinsam - vor Ort – für neue Perspektiven.

Hierzu hat der DGB im letzten Jahr das Projekt REVIERWENDE initiiert. Wir haben seither in allen Revieren – wie hier im mitteldeutschen Revier arbeitsorientierte Revierbüros aufgebaut. Sie bieten Vernetzung, Beratung und Qualifizierung für Gewerkschaften, Betriebsräte und Beschäftigte. Sie sind Anlaufstelle im Revier für alle Fragen, die den Strukturwandel betreffen. Die Revierbüros werden einen wichtigen Beitrag leisten, um die Weichen des Strukturwandels so zu stellen, dass Beschäftigung durch Gute Arbeit gesichert, neue Wertschöpfung geschaffen und die Mitgestaltung in Region, Branche und Betrieb gefördert werden. Deshalb ist es notwendig, dass die zugesagten Strukturmittel auch zur Schaffung neuer, gut bezahlter Arbeitsplätze eingesetzt werden - „Hier ist noch Luft nach oben“

Vorausschauende Strukturpolitik setzt früh ein und nicht erst dann, wenn eine Region am Boden liegt.

Deshalb müssen jetzt gute Ausbildungsplätze geschaffen werden, bevor es an Fachkräften mangelt. Beschäftigungs- und Standortentwicklung müssen absolute Priorität haben. Da müssen alle an den Tisch. Politik, Gewerkschaften, Arbeitgeber, die Bundesagentur für Arbeit, die Wissenschaft und nicht zuletzt – Betriebs- und Personalräte!

Wir setzen uns dafür ein, dass flächendeckend auf regionaler Ebene Transformationsräte gebildet werden. Die Sozialpartner und weitere politische Akteur*innen setzen sich dort zusammen und erarbeiten gemeinsam Vorschläge, wie der Weg in eine gerechte und nachhaltige Zukunft in ihrer Region vollzogen werden kann. Die Förderung der Weiterbildung für eine spätere Weiterbeschäftigung ist dabei essenziell. Niemand darf ins Bergfreie fallen!

Wir wollen, dass der Wechsel zu neuen Arbeitsplätzen im Strukturwandel frühzeitig erfolgt und nicht erst dann, wenn das Kind im Brunnen liegt. Deshalb ist es wichtig, soziale Sicherheit zu bieten und Qualifikationsangebote zu schaffen.

Energiewende und Handwerk

Wenn die Energiewende gelingen soll, dann braucht's Fachkräfte. Die, die wir haben, müssen alle Möglichkeiten bekommen, sich weiterzubilden.

Ob der Ausstieg aus dem russischen Gas schnell gelingt, die Wärmepumpen-Offensive den versprochenen Erfolg bringt, Fördergelder nicht verbrannt werden, hängt davon ab, ob es die Fachkräfte gibt, die die beschlossenen Maßnahmen umzusetzen können. Also von Handwerkerinnen und Handwerkern, die energieeffiziente Heizungen einbauen, die Fassaden fachgerecht dämmen und die Solaranlagen auf den Dächern installieren. Viele haben ihre Ausbildung vor vielen Jahren gemacht, als es noch keine Wärmepumpen und Smart Homes gab. Sie brauchen Nachqualifikation.

Doch im Moment fehlen Fachkräfte, die Auftragsbücher im Handwerk sind voll. Es braucht mehrere Wochen bis die Handwerker kommen. Es ist jetzt an den Arbeitgebern ihre Belegschaften für die Zukunft zu qualifizieren. Doch angesichts voller Auftragsbücher scheinen viele Betriebe nach dem Motto „Augen zu und durch“ zu agieren. Das Handwerk beklagt seit Jahren einen zunehmenden Fachkräftemangel. 60 Prozent der im Handwerk ausgebildeten Gesellinnen und Gesellen verlassen das Handwerk nach ihrer Ausbildung wieder. Gleichzeitig ist die Tarifbindung – 30 Prozent – im Handwerk niedriger als anderswo. Daran können die Arbeitgeber etwas ändern, ganz einfach.

Mit Tarifbindung, Qualifizierung, Mitbestimmung und guter Arbeit. Wer Sonntags den Fachkräftemangel beklagt – muss Montags mehr Auszubildende einstellen, liebe Arbeitgeber.

Investitionen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

soziale Ungleichheit, Klimawandel, Digitalisierung, Globalisierung, eine alternde Gesellschaft, zuletzt Corona und eine Energiekrise, die durch den schrecklichen Krieg Russlands gegen die Ukraine nur noch verschärft wird. In dieser Situation braucht's einen klaren Kompass in der Politik. Und um gute Arbeit und gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Deutschland zu ermöglichen, um Sicherheit und Frieden zu gewährleisten braucht es massive Investitionen – öffentliche wie private. Womit die sich in Berlin und in den Ländern schwertun, das ist der Wille. Vor allem der Wille, mit der schwarzen Null und der Schuldenbremse zu brechen. Der Investitionsstau hierzulande ist riesig.

Bereits 2019 haben wir mit den Arbeitgebern für ein groß angelegtes öffentliches Investitionsprogramm geworben, das über Kredite finanziert werden kann. Damals (!) war die Rede von 45 Mrd. Euro Minimum zusätzlich pro Jahr über die nächsten zehn Jahre – für eine zukunftsfähige Wirtschaft, für mehr Geschlechtergerechtigkeit, für lebenswerte Kommunen, in bedarfsgerechte Kitas und Schulen, in den Ausbau von Stromnetzen, Ladeinfrastruktur und in Speichertechnologien, den ÖPNV und klimaverträgliche Mobilitätskonzepte, in ein hochwertiges Gesundheitswesen, in bezahlbaren Wohnraum, in schnelles Internet, an jeder Milchkanne, in den öffentlichen Dienst, Personal.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Bundesregierung hat schon mal erkannt, dass es mehr öffentliche Investitionen braucht. Sie ruft ein „Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen“ aus. Blöd nur, dass sie zu wenig in den Topf wirft. Und, die Schuldenbremse? Sie bleibt. Dabei ist die Schuldenbremse eine Zukunftsbremse! Wir brauchen die Möglichkeit, Investitionen über Kredite zu finanzieren.

Stattdessen wird es kompliziert mit einer Vielzahl von Maßnahmen, um den Finanzierungsspielraum im Rahmen der Schuldenbremse zu erhöhen.

Egal wie – wir sagen: die notwendigen zusätzlichen Investitionen müssen in jedem Fall kommen. Wenn einzelne Finanzierungsideen des Koalitionsvertrags nicht funktionieren, müssen andere Wege zur Kreditfinanzierung gewählt werden. Dass es eine Frage des politischen Willens ist, das hat die Bundesregierung gerade unter Beweis gestellt. Ohne mit der Wimper zu zucken nimmt sie Milliarden in die Hand, um ein Sondervermögen für die Bundeswehr und eine dauerhafte Aufstockung des Rüstungshaushalts zu ermöglichen.

Bei der Bankenrettung ging das auch – wir erinnern uns! So viel Tatendrang erwarten wir, wenn es um Infrastruktur, Bildung und Soziales – um Straßen, Schulen und Gesundheit geht. Die dürfen nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen! Die Bundesregierung betont immer wieder, wie wichtig der soziale Ausgleich und der gesellschaftliche Zusammenhalt ist.

Wer A sagt, muss auch B sagen. Die krasse Einkommens- und Vermögensungleichheit muss weg, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land in Ost und West müssen her.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es kann nicht sein, dass die reichsten zehn Prozent 65 Prozent und das reichste Prozent der Bevölkerung sogar 35 Prozent des Vermögens besitzen. Das hat nichts mit Leistungsgerechtigkeit zu tun. So notwendig die öffentliche Kreditaufnahme zur Finanzierung von Investitionen auch ist, so wenig kann sie Ersatz für eine verbesserte und gerechtere Steuerfinanzierung von laufenden Ausgaben sein. Hier hat die Bundesregierung krassen Nachholbedarf! Weder ein gerechterer Einkommenssteuertarif noch eine Vermögensteuer wird von der Bundesregierung angegangen. Nicht einmal zu einer Reform der Erbschaftssteuer konnte sie sich durchringen. Arbeit wird hierzulande nach wie vor höher besteuert als Kapital. Zur Finanzierung des Gemeinwesens tragen die wenigsten Unternehmen, Spitzenverdienende und reiche Haushalte bei. Über die direkten und indirekten Steuern finanzieren die Beschäftigten den größten Teil der öffentlichen Ausgaben. Superreiche konnten trotz oder mitunter wegen Corona ihr Vermögen vermehren, während ärmere Haushalte meist Einkommen verloren haben.

Laut der Forbes-Liste ist die Anzahl der Milliardäre in Deutschland im letzten Jahr auf 135 gestiegen, diese haben zusammen ein Vermögen von 550 Milliarden Euro! Hier muss der Staat handeln. Kleiner Tipp für unsere Zuhörer aus der Politik: Im DGB-Steuerkonzept steht, wie Mehreinnahmen im zweistelligen Milliardenbereich bei gleichzeitiger Entlastung für 95 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erzielt werden können. Wer will, der kann.

Tarifbindung/Vergabe

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der Mindestlohn steigt im Herbst auf 12 Euro. Dafür haben wir lange Druck gemacht, dafür gibt es eine breite Zustimmung über alle politischen Lager hinweg, das finden wir gut. Was wir noch besser finden, das sind Tarifverträge. Sie sind das wichtigste und das beste Instrument, um Löhne, Arbeits- und damit auch Lebensbedingungen zu verbessern.

Ob Gehalt, Urlaubstage, Urlaubs- und Weihnachtsgeld; ob Arbeitszeiten, Beschäftigungssicherung, Kündigungsfristen oder Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung – Beschäftigte mit tariflich geregelten Arbeitsverhältnissen stehen



besser da als ohne. Dasselbe gilt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wo Tarifverträge gelten, ist der Abstand zwischen den Ost- und den Westlöhnen geringer. Aber ganz ehrlich? Über 30 Jahre nach der Einheit? Immer noch? Damit muss Schluss sein! Wird Zeit, dass die Arbeitgeber hier mal in die Spur kommen.

Flächentarifverträge für eine ganze Branche sorgen für einen fairen Wettbewerb der Unternehmen. Und was machen die Arbeitgeber stattdessen, liebe Kolleginnen und Kollegen? Arbeitgeber versuchen der Tarifbindung zu entfliehen. Die haben auch noch nicht kapiert, dass ein gutes Betriebsklima und zufriedene Beschäftigte wichtig für den unternehmerischen Erfolg sind. Oft wechselt der Arbeitgeber im Arbeitgeber-Verband in eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung. Diese OT - Mitgliedschaft sichert ihm Beratung und Rechtsschutz; erlaubt ihm aber die Tarifflicht. Das lehnen wir ab! Schade, dass die Bundesregierung diesen Punkt in ihrem Koalitionsvertrag nicht berücksichtigt hat. Wir brauchen den Schutz durch Tarifverträge für Einkommen und Arbeitsbedingungen auch bei Betriebsübergängen, Outsourcing und Umstrukturierungen. Wir brauchen die Weitergeltung des Tarifvertrages auch in diesen Situationen – bis ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen ist.

Vergabe

Der Staat ist der größte Auftraggeber mit einem jährlichen Volumen von 450 Mrd. Euro. Wer kann, der kann – auch mit gutem Beispiel voran gehen. Öffentliche Aufträge dürfen nur an diejenigen Unternehmen gehen, die sich an Tarifverträge halten. Wir kämpfen seit langem für Tariftreueklauseln in der öffentlichen Auftragsvergabe auf Bundes- wie auf Landesebene!

Sachsen hat vor drei Jahren ein Tariftreue- und Vergabegesetz eingeführt. Jetzt fehlen noch die Bayern. Wir wollen keine Steuern zahlen, damit Aufträge an Dumpingfirmen vergeben werden. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag die Einführung einer Tariftreuregelung für Vergaben des Bundes beschlossen. Gut so! Wir begleiten die Umsetzung eng!

Betriebsratswahlen

Kolleginnen und Kollegen,

die Betriebsratswahlen laufen noch bis zum 31. Mai. Denen unter Euch, die frisch gewählt wurden – einen ganz herzlichen Glückwunsch und Dank – ihr lebt Demokratie im Betrieb! Ihr setzt Euch für die Interessen eurer Kolleginnen und Kollegen ein – aktiv und passiv! Im Betrieb muss um die Demokratie genauso gerungen werden, wie in unserer Gesellschaft sonst auch!

Manche werden jetzt denken, was redet der da. Als wenn das alles so einfach wäre. Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, dass es enormen Handlungsbedarf gibt. Deshalb haben wir Druck gemacht. Die Ampel-Koalition hat vereinbart, härter gegen die Behinderung von Betriebsräten und Betriebsratswahlen vorzugehen.

Höchste Zeit! Denn wir brauchen mehr Betriebsräte, mehr Mitbestimmung, mehr Tarifverträge, um die sozial-ökologische Transformation mit zu gestalten. Und wir müssen unseren Betriebsräten die passenden Rechte geben. Das Betriebsrätemodernisierungsgesetz war ein Anfang. Wir brauchen eine neue, eine aktualisierte, eine reformierte Betriebsverfassung. Mit einem Gesetz aus den 1970ern kann ich die Digitalisierung nicht gestalten, denn da gab es sie noch nicht.

Corona

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich habe es zu Beginn meiner Rede gesagt, wir stecken in mehrfacher Hinsicht im Krisenmodus. Corona ist noch nicht vorbei. Covid-19 ist eine dramatische Erkrankung, die schon zu vielen Menschen das Leben gekostet hat, andere langfristig gesundheitlich beeinträchtigt. Die Pandemie hat aber auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihrer Familie, in existenzielle Schwierigkeiten gebracht. Ganze Branchen wie das Hotel- und Gaststättengewerbe leiden bis heute darunter. Der DGB und seine Gewerkschaften haben viel gemeinsam dafür getan die Folgen für Beschäftigte abzumildern, Schlimmeres verhindert.

Beschäftigungsverluste und Arbeitslosigkeit konnten geringhalten gehalten werden – zum Beispiel durch die Kurzarbeit, Ein Instrument wofür uns viele andere Länder beneiden. Durch Kurzarbeit konnten in der Pandemie drei Millionen Arbeitsplätze gerettet werden. Weshalb nur wenige Betriebe die Kurzarbeit für Qualifizierung genutzt haben, erschließt sich mir nicht. Das ist auch angesichts der Transformation eine verpasste Chance. Die Erleichterungen für den Bezug des Kurzarbeitergeldes sowie die erhöhten Leistungssätze bei längerer Kurzarbeit der Beschäftigten waren und sind unerlässlich. Wir vermeiden damit Kündigungen und die Einkommenseinbußen bei den Beschäftigten werden abgemildert.

Wir werden die Kurzarbeit weiter brauchen. Weil es neue Infektionswellen geben wird (lasst Euch impfen, wer das noch nicht hat). Weil die ersten Auswirkungen des Krieges in der Ukraine spürbar sind. Die Baubranche hat das Mitte April schon angekündigt. Es kommt schon jetzt zu Produktionsausfällen aufgrund ausbleibender Materiallieferungen und steigender Energiekosten. Die Bundesregierung hat zwar im März bei ihrem Kurzarbeitergeldpaket nachgesteuert, so dass auch wieder Leiharbeiter*innen Kurzarbeitergeld erhalten können und die Sozialversicherungsbeiträge erstattet werden. Das ist gut. Ob die Verlängerungen bis 30. Juni 2022 aber ausreichen, ist eine andere Frage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben noch viel gemeinsam vor. Bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die abhängig Beschäftigten. Mehr Sozialer- und Verteilungsgerechtigkeit. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, Stadt und Land, Für Frieden in der Ukraine, Europa und den Rest der Welt.

Gehen wir es gemeinsam an, nur so sind wir stark.

Danke für eure Aufmerksamkeit und Glück auf!